

Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees  
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158  
70178 Stuttgart  
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096  
E-Mail: [info@leb-bw.de](mailto:info@leb-bw.de)  
[www.leb-bw.de](http://www.leb-bw.de)

**Pressemitteilung des Landeselternbeirats Baden-Württemberg  
zu den Terminen der Schulferien und zu  
möglichen Sommerschulen  
- Stand 19.04.2020 -**

Gerade wird in Baden-Württemberg intensiv die Diskussion geführt, ob es nicht sinnvoll sein könnte, die Sommerferien zu verkürzen, und z.B. zwei Wochen später beginnen zu lassen. Die Schülerinnen und Schüler (SuS) haben so viel Stoff verpasst, dass diese zwei Wochen wenigstens ein klein wenig zum Aufholen beitragen könnten. Zudem werden viele Familien ohnehin nicht in Urlaub fahren können. Urlaubsreisen ins Ausland sind aus bekannten Gründen nicht möglich. Viele Eltern mussten während des Lock-Downs Urlaubstage nehmen, viele Familien stehen wegen Kurzarbeit vor finanziell schwierigen Zeiten. Vielen Familien stellt sich die Frage: Wie in den ersten Ferienwochen die Kinder betreuen

Den Landeselternbeirat erreichen in den letzten Tagen eine Vielzahl von Emails zu diesem Themenfeld.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass sich die baden-württembergische Landesregierung in der Frage verkürzter Sommerferien primär von der Frage leiten ließe, was gut ist für die SuS und für die Familien. Die Kultusministerin hat klar formuliert: „Eine Verkürzung der Sommerferien steht für uns nicht zur Debatte!“ Über das Thema soll nicht einmal debattiert werden! Warum nicht?

Nun: Viel mächtigere Verbände als die Elternschaft bestimmen die Politik der Landesregierung. In diesem Fall ist es die überaus mächtige baden-württembergische Tourismusbranche. Und die möchte, dass die baden-württembergischen Familien ihr Geld im Sommer bei einem Urlaub im Land ausgeben. Die Landesregierung ist da willfähriger Helfer.

Der Landeselternbeirat ist nun nicht so naiv, anzunehmen, dass er mit Vernunftgründen bei der Landesregierung eine Chance gegen den übermächtigen Einfluss der Tourismusbranche hätte. Daher bleibt uns nur die Möglichkeit, zu fordern, die extremen sozialen Ungerechtigkeiten, die sich in den letzten Wochen bei der nur leidlich funktionierenden „Fernbeschulung“ ergeben haben, abzumildern.

Der Landeselternbeirat fordert daher „Sommerschulkurse“. Diese Kurse müssen **mindestens** folgende Kriterien erfüllen:

- Sie müssen kostenlos verfügbar sein.
- Sie müssen in ausreichender Zahl verfügbar sein.
- Sie müssen flächendeckend – auch im ländlichen Raum - verfügbar sein.
- Sie müssen in vertretbarer Entfernung ohne zusätzliche Fahrtkosten verfügbar sein.
- Sie müssen über die gesamte Dauer der Sommerferien verfügbar sein.
- Sie müssen der Elternschaft umfassend bekannt gemacht werden, nicht nur über die Kanäle der Schulen, denn einige Schulen halten aktuell kaum mehr Kontakt zu den SuS und den Eltern. Daher sind z.B. auch Anzeigen in Tageszeitungen etc. sehr wichtig. Da, wo der Kontakt Schule zu Elternschaft noch funktioniert, können Lehrpersonen den SuS und Eltern gezielt empfehlen, an bestimmten Kursen teilzunehmen. Aber das setzt natürlich voraus, dass die Lehrpersonen in den letzten 3-4 Wochen mit den SuS in Kontakt geblieben sind.
- Sie müssen von qualifiziertem pädagogischem Personal durchgeführt werden.
- Sie müssen in Räumlichkeiten mit ausreichenden Hygienestandards verfügbar sein.

Die Sommerschulkurse haben eine ganze Reihe von Vorteilen:

- Die Kurse können flexibel über die gesamte Zeit der Ferien verteilt werden. So kann den zeitlichen Bedürfnissen der Familien sehr gut Rechnung getragen werden.
- Die Kurse sind gut zu planen, wenn für eine Teilnahme eine Voranmeldung verpflichtend ist.
- SuS können Kurse in genau jenen Fächern besuchen, in denen sie den größten Nachholbedarf haben.

Die Landesregierung lässt verlauten, dass sie dafür sorgen will, dass unseren SuS aus der Krise möglichst wenige Nachteile entstehen. Wohlan: Dann erwarten die Eltern im Land, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. Es müssen Taten folgen. Und es müssen **alle** oben genannten Mindestkriterien erfüllt sein.

Natürlich wird dies Geld kosten - Geld, das die Landesregierung womöglich lieber in Wirtschaftsförderung stecken würde, als in die Zukunft unserer Kinder. Sollte das aber passieren, rufen wir alle Eltern im Land zu lautstarken Protesten auf. Viele von uns waren in den letzten Wochen sehr vernünftig und geduldig. Wir rufen die Landesregierung auf, unsere Geduld nicht im Übermaß zu strapazieren!

Bleiben Sie gesund!

Für den 18. Landeselternbeirat



Dr. Carsten T. Rees  
Vorsitzender

Freiburg, den 19.04.2020